



Nr. 41

18. November 2015

Inhalt

[dbb: Dem Staat fehlen fast 180.000 Mitarbeiter+++](#)

[Tarifeinheitengesetz: dbb klagt in Karlsruhe+++](#)

[Bundesbeamte: Anforderungen durch Flüchtlinge werden anerkannt+++](#)

[Tarifverhandlungen können Lohnlücke nur bedingt beeinflussen+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb bremen wählt Jürgen Köster zum neuen Landesbundvorsitzenden+++](#)

[dbb Hessen fordert Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung+++](#)

[dbb schleswig-holstein befürchtet Schiefelage im Schulsystem+++](#)

[DSTG: Schließung von Steuerschlupflöchern kann Milliarden Einnahmen bringen+++](#)

[vbba begrüßt personelle Verstärkung in Jobcentern und Arbeitsagenturen+++](#)

[Flüchtlingspolitik: GdS und GKV-Spitzenverband gegen Stimmungsmache+++](#)

[DPoIG fordert Konsequenzen nach den Terroranschlägen in Paris++++](#)

[Philologenverband zur KMK-Abiturstatistik:](#)

[Beweis für Bildungsungerechtigkeit+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb: Dem Staat fehlen fast 180.000 Mitarbeiter

(dbb) Auf die durch die hohe Zahl von Flüchtlingen weiter verschärfte Personalnot im öffentlichen Dienst hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hingewiesen. Nach aktuellen Schätzungen des dbb, die auf Zahlen der zuständigen Mitgliedsgewerkschaften des Dachverbandes beruhen, fehlen dem Staat derzeit fast 180.000 Mitarbeiter, sagte Dauderstädt der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Ausgabe vom 17. November 2015). „Die Politik muss umgehend Prioritäten setzen und für eine aufgabengerechte Personalausstattung sorgen“, forderte der dbb Chef.

„Ob im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), in der Bundesagentur für Arbeit (BA) oder den Jugendämtern – überall wird derzeit fieberhaft neues Personal gesucht“, schreibt die Zeitung. Mit Blick auf Tausende neue Stellen, die im BAMF geschaffen werden sollen, sagte Dauderstädt: „Erste Personalentscheidungen sind zu begrüßen, kommen aber zu spät und lassen ein dringend erforderliches und dauerhaft tragfähiges Gesamtkonzept vermissen.“

Vor allem Länder und Kommunen benötigen zusätzliche Unterstützung. Dies gelte sowohl kurzfristig für die Registrierung und Unterbrin-

gung als auch langfristig für die Integration der Asylberechtigten. Den größten Personalbedarf sieht der dbb bei den Kommunalverwaltungen mit fast 130.000 Stellen, darunter auch bei Feuerwehren und Erziehern. So seien etwa die Berufsfeuerwehren allerorten damit beschäftigt, Zelte und Unterkünfte bereit zu stellen, elektrische und Wasserversorgung zu installieren oder Feldbetten zu transportieren. Aber auch beim BAMF, in der Polizei von Bund und Ländern sowie in Schulen, im öffentlichen Gesundheitsdienst, in Jobcentern und Arbeitsagenturen und in der Justiz würden Tausende Mitarbeiter mehr gebraucht.
(01/41/15)

Tarifeinheitsgesetz: dbb klagt in Karlsruhe

(dbb) Der dbb beamtenbund und tarifunion hat Verfassungsbeschwerde gegen das seit 10. Juli 2015 geltende Gesetz zur Tarifeinheit (TEG) eingelegt. „Wir sind absolut sicher, dass die Karlsruher Richter dem Tarifeinheitsspek in einem Jahr ein Ende bereitet haben werden“, sagte dbb-Vize und Fachvorstand Tarifpolitik Willi Russ der Deutschen Presse-Agentur (dpa) am 17. November 2015 in Berlin.

Russ betonte, für das Gesetz gebe es keine praktische Notwendigkeit, es habe zudem auch schwere juristische Schwachstellen. Erst vergangene Woche hätten die Wirtschaftsweisen darauf hingewiesen, dass das Gesetz einen schwer zu rechtfertigenden Eingriff in den Wettbewerb zwischen Arbeitnehmervertretungen darstelle. Da man mittlerweile diesen Eingriff an manchen Tarifischen ganz praktisch zu spüren bekomme, so Russ, habe der dbb seine Verfassungsbeschwerde in Zusammenarbeit mit dem Rechtswissenschaftler Wolfgang Däubler konkretisiert und nun nach Karlsruhe geschickt.

Das Tarifeinheitsgesetz sieht vor, dass bei kollidierenden Tarifverträgen in einem Betrieb nur die Rechtsnormen des Tarifvertrags derjenigen Gewerkschaft anwendbar sind, die zum Zeitpunkt des Abschlusses des zuletzt abgeschlossenen Tarifvertrags im Betrieb die meis-

ten Mitglieder hat. Das Gesetz wurde von Beginn der Planungen an vom dbb und seinen Fachgewerkschaften gemeinsam mit zahlreichen weiteren Berufsvertretungen wie der Ärztegewerkschaft Marburger Bund, dem Deutschen Journalisten-Verband und der Pilotenvereinigung Cockpit scharf als verfassungswidriger Eingriff in das Grundrecht der Koalitionsfreiheit kritisiert und ist mittlerweile Gegenstand mehrerer Verfassungsbeschwerden, darunter unter anderem die der dbb-Mitgliedsgewerkschaft GDL (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer) und nunmehr auch die des dbb. Auch namhafte Verfassungsrechtler und selbst der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hatten das Gesetz während des Gesetzgebungsverfahrens als verfassungswidrigen Grundrechtseingriff bezeichnet. „Der dbb lehnt jede gesetzliche Regelung von Tarifeinheit grundsätzlich ab“, machte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dau-

derstadt bei der Anhörung zum TEG im Bundestags-Ausschuss für Arbeit und Soziales am 4. Mai 2015 in Berlin deutlich, das Gesetz „ist verfassungsrechtlich bedenklich, gesellschaftspolitisch nachteilig und handwerklich problematisch. Ausgehend von der schwerwiegenden und in keiner Weise annehmbaren Einschränkung von Grundrechten geht der dbb davon aus, dass das Gesetzesvorhaben nachhaltigen Schaden in der bundesdeutschen Gewerkschaftslandschaft anrichtet, der nicht ohne Folgen für die Gesamtstärke der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung bleiben wird und über eine Zerrüttung des Betriebsfriedens in unzähligen Fällen auch für die Arbeitgeber von nachteiliger Wirkung sein wird“, warnte Dauderstädt.

Im Oktober 2015 lehnte das Verfassungsgericht Eilantrage von drei Spartengewerkschaften gegen das Tarifeinheitsgesetz ab, betonte aber gleichzeitig, dass das Ergebnis im Hauptverfahren über die Verfassungsbeschwerden völlig offen sei. Die Verfassungsrichter behielten sich zudem ausdrücklich vor, bei einer erheblichen Änderung der Tariflandschaft doch noch eine einstweilige Anordnung gegen das TEG zu erlassen, bevor eine Entscheidung im Hauptverfahren fällt. Für die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit hat sich Karlsruhe einen konkreten Zeitrahmen gesetzt: Bis Ende 2016 soll ein Urteil gesprochen sein.
(02/41/15)

Bundesbeamte: Anforderungen durch Flüchtlinge werden anerkannt

(dbb) Anfang November 2015 hat der Deutsche Bundestag das Siebente Besoldungsandergesetz verabschiedet. Damit wurde eine Vielzahl von notwendig gewordenen Rechtsänderungen, Ergänzungen und Bereinigungen vorgenommen, darunter insbesondere Ergänzungen zum Dienstrechtsneuordnungsgesetz.

Im Hinblick auf den deutlichen Anstieg der Anzahl der Flüchtlinge und Asylbewerber wurden in dem Gesetzentwurf außerdem viele besoldungs- und versorgungsrechtlichen Änderungen und Erweiterungen vorgenommen. „Damit wurde ein schneller Weg gewählt, zeitnah auf diese besonderen Anforderungen zu reagieren“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beam-

tenpolitik Hans-Ulrich Benra. „Das ist ein wichtiges Zeichen bei der Bewältigung der aktuellen Situation. Die sehr hohe dienstliche Belastung wird damit auch ein Stück weit finanziell anerkannt.“

Detaillierte Informationen unter www.dbb.de
(03/41/15)

Tarifverhandlungen können Lohnlücke nur bedingt beeinflussen

(dbb) Tarifverhandlungen haben nur einen relativen Einfluss auf die Entgeltunterschiede. Zu diesem Ergebnis kommt der abschließende Bericht des Forschungsprojekts „Experimentelle Studien zur Auswirkung von kollektiven Lohnverhandlungen auf den Gender Wage Gap“, der am 17. November 2015 im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend präsentiert wurde. Die Studie untersucht, inwieweit kollektive Lohnverhandlungen zum Abbau des Verdienstunterschieds zwischen Frauen und Männern beitragen können. In Interviews mit Tarifexpertinnen und -experten wurde insbesondere danach gefragt, welche formalen und informellen Faktoren für Verhandlungsergebnisse von Bedeutung sind und wie einer Lohnlücke durch Änderungen im Ablauf von Verhandlungen entgegengewirkt werden kann.

Die in den Tarifverträgen festgelegte Entgeltstruktur könne dazu beitragen, die Lohnlücke zu zementieren oder aber sie zu beheben. „Verhandlungen über die Höhe der Entgelte sind hingegen nur sehr bedingt geeignet, um auf brancheninterne Entgeltdiskriminierungen

Einfluss zu nehmen“, bestätigte Jutta Endrusch, stellvertretende Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, die Aussagen. „Von daher sind geschlechtsspezifische Lohnungleichheiten in der Regel bei Tarifverhandlungen auch kein Thema.“

Zudem verdeutlicht die Studie, dass die bestehenden Entgeltstrukturen in erster Linie zu Lasten jener Berufsfelder gehen, die von Frauen dominiert werden. Dafür sind die Regelungen des Rahmentarifvertrags verantwortlich. Durch die Bewertung unterschiedlicher Tätigkeiten und ihrer Zuordnung zu Vergütungsgruppen wird die Lohnlücke in der Entgeltstruktur fest geschrieben, wenn Berufe mit hohem Frauenanteil ohne sachlich erkennbaren Grund einer niedrigen Entgeltgruppe zugeordnet werden. „Dieses Ergebnis überrascht

nicht“, konstatierte Endrusch. „Auch im öffentlichen Dienst gibt es dieses Phänomen. Im Schnitt liegt der Verdienstunterschied hier bei mindestens acht Prozent. Besonders eklatant mit 21 Prozent ist er im Bereich Erziehung, Unterricht und Soziale Dienste, wo der Anteil der Frauen überproportional hoch ist.“ Erforderlich sei ein Kulturwandel innerhalb der Gewerkschaften, aber auch in Gesellschaft und Politik.

(04/41/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb bremen wählt Jürgen Köster zum neuen Landesbundvorsitzenden

(dbb) Der dbb bremen hat auf der Landeshauptvorstandssitzung am 11. November 2015 Jürgen Köster mit großer Mehrheit zum neuen Landesbundvorsitzenden gewählt. Köster (61) ist Verwaltungsangestellter bei Dataport und Mitglied der komba gewerkschaft. Die Neuwahl war erforderlich geworden, nachdem der bisherige Landesbundvorsitzende Jürgen Schröder im Februar 2015 verstorben war.

Nach seiner Wahl versicherte Köster, sich für eine kompetente und zuverlässige Vertretung der Interessen des dbb und seiner Mitglieder sowie der Bediensteten des bremischen öffentlichen Dienstes einzusetzen.

Am 16. November sprach sich der neue Landesbundvorsitzende vehement gegen eine Verschiebung des Beförderungstermins 2016 bei bremischen Beamtinnen und Beamten aus. Der dbb Bremen fordere, den Beförderungs-

termin 1. Januar 2016 beizubehalten, so Köster. „Es ist unangemessen und unfair, die bremischen Beamtinnen und Beamten wieder als Opfer für eine nicht ordnungsgemäße Finanzplanung zu benutzen. Wo ein Wille ist, findet man auch einen Weg.“ An den Bremer Bürgermeister Carsten Sieling richtete Köster die Frage: „Wo ist Ihre Fürsorge als oberster Dienstherr?“

(05/41/15)

dbb Hessen fordert Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung

(dbb) Die Landesvorsitzende des dbb Hessen, Ute Wiegand-Fleischhacker, hat sich erneut für eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Ergebnisses der Einkommensrunde 2015 zum Tarifvertrag-Hessen auf die hessischen Beamtinnen, Beamten, Pensionärinnen und Pensionäre eingesetzt. Im Rahmen der Anhörung zum Dienstrechtsänderungsgesetz am 12. November 2015 im Landtag sagte sie: „Nur in Hessen werden die Beamten und Pensionäre ausgenommen von der allgemeinen Einkommensentwicklung. Das können wir - auch im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger - nicht hinnehmen.“

Das Land benötige einen starken öffentlichen Dienst, und dieser müsse ein attraktiver Arbeitgeber für die Beschäftigten sein: Bei der Polizei, in den Schulen, in Steuerverwaltung und technischen Berufen, im Strafvollzug, bei der Feuerwehr und auf vielen anderen Gebieten trügen die Bediensteten des Landes eine hohe Verantwortung. Diese müsse sich auch in

der Bezahlung niederschlagen. Der gesamte öffentliche Dienst erbringe tagtäglich zahlreiche hochqualifizierte Dienstleistungen im Bereich der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Wenn in diesem Bereich weiterhin Einschnitte und Stellenkürzungen vorgenommen würden, so zahlten Hessens Bürgerinnen

und Bürger den Preis durch Einbußen bei der Erbringung der Dienstleistungen.

„Qualität hat ihren Preis“, sagte Wiegand-Fleischhacker. „Aber den Beamtinnen und Beamten in Hessen wird durch die Nullrunde die

notwendige Anerkennung und Wertschätzung für die erbrachten Leistungen vorenthalten.“ Anstatt die notwendige Besoldungserhöhung vorzunehmen, werde bei der Beihilfe gekürzt. (06/41/15)

dbb schleswig-holstein befürchtet Schieflage im Schulsystem

(dbb) Eine Schieflage im Schulsystem von Schleswig-Holstein befürchtet der dbb schleswig-holstein. So kämen Mehrarbeit und neue Belastungen durch den Flüchtlingszustrom auf die Schulen zu, erklärte der dbb Landesbund am 12. November 2015.

„Länger gemeinsam lernen und inklusiver Unterricht erfordern bereits jetzt entsprechende Personalstärken bei den Lehrkräften. Da sind allerdings die zusätzlichen Anforderungen, die sich aus der aktuellen Lage ergeben, noch gar nicht berücksichtigt“, gab die Landesvorsitzende Anke Schwitzer zu bedenken. „Und Schleswig-Holstein bildet in der Lehrerausstattung nach wie vor ein Schlusslicht. So standen im Schuljahr 2014/2015 in unserem Land einem Lehrer 13,2 Schüler gegenüber - ein negativer Spitzenwert im gesamtdeutschen Vergleich“, so Schwitzer.

Bei der Planung des Unterrichts für schulpflichtige Flüchtlingskinder sind die Ansätze nach Ansicht des dbb schleswig-holstein wohl auch zu zögerlich: „Niemand kann den tatsächlichen Lehrbedarf abschätzen, es fehlen einfach Erfahrungswerte. Zwar sollen zum 1. Februar 2016 weitere 280 Lehrerstellen geschaffen

werden. Aber allein bei Betrachtung der zwölf großen Flüchtlingseinrichtungen im Land wäre diese Anzahl - würde man die neuen Lehrkräfte entsprechend verteilen - ein Tropfen auf den heißen Stein: Einerseits herrscht in den Einrichtungen eine starke Fluktuation. Andererseits gibt es für einen Schulunterricht nach unseren Vorstellungen gar keine Raumkapazität.“ Zudem gestalte sich aufgrund der verschiedenen Nationalitäten mit unterschiedlichen Sprachen ein gemeinsamer Klassenunterricht schwierig. Auch dürfe der ebenso wichtige „Integrationsunterricht“ für die Erwachsenen nicht vergessen werden – „in diesem Bereich geht es aktuell nur noch ehrenamtlich“. Das deutsche Schulsystem, so Schwitzers Fazit, dürfe jetzt keine weiteren Nachteile erleiden, sondern müsse zukunftsfest gemacht werden. (07/41/15)

DSTG: Schließung von Steuerschlupflöchern kann Milliarden Einnahmen bringen

(dbb) Die Initiative der 20 größten Industrie- und Schwellenländer (G20) zur Schließung von Steuerschlupflöchern für international tätige Konzerne könnte dem deutschen Staat riesige zusätzliche Einnahmen bescheren. „Ich bin überzeugt, dass es viele Milliarden sind, die dem deutschen Fiskus bisher verloren gehen“, zitiert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (Ausgabe vom 13. November 2015) den Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenhaller: „Ich kann mir vorstellen, dass es über 30 Milliarden Euro im Jahr sind, die uns durch Steueroptimierung, Steuerflucht und 'Gestaltungsakrobatik' durch die Lappen gehen.“

Allerdings müssten die Detailmaßnahmen des von der der Industrieländer-Vereinigung OECD erarbeiteten Aktionsplans noch national umgesetzt werden. Und das werde dauern. Eigenhaller, der auch dbb-Vize ist, sieht die Vorschläge gegen Steuer sparende Gewinnver-

lagerungen und -kürzungen von Konzernen, die beim G20-Gipfel im türkischen Antalya beschlossen werden sollen, insgesamt positiv. Er warnte aber davor zu erwarten, dass sich jetzt sehr schnell etwas ändert. „Die Umsetzung in nationales Recht könnte drei, vielleicht

fünf Jahre dauern und beinhaltet viel Konfliktpotenzial, sowohl zwischen Firmen und Staaten, wie auch zwischen den Ländern.“

Zu dem 15 Punkte umfassenden Aktionsplan sagte Eigenthaler: „Das sind Entwicklungen, die ich vor fünf Jahren nicht für möglich gehalten hätte.“ Zwar stehe noch alles nur auf dem

Papier. Allerdings dürften allein schon die Ankündigungen Wirkung zeigen. „Ich denke, dass die Unternehmen eine neue Strategie fahren werden, nicht weil es schon im Gesetz steht, sondern weil man spürt, die Öffentlichkeit, die Medien sind sensibler geworden“, sagte er. (08/41/15)

vbba begrüßt personelle Verstärkung in Jobcentern und Arbeitsagenturen

(dbb) Die vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales begrüßt, dass angesichts der wachsenden Flüchtlingsmigration sowohl in den Jobcentern als auch in den Arbeitsagenturen die Personaldecke verstärkt werden soll. Dies habe die Bundeagentur für Arbeit (BA) der vbba zugesagt, teilte die Gewerkschaft am 17. November 2015 mit. Nach derzeitigem Stand sollen die gemeinsamen Einrichtungen 2.800 Jahreskräfte (davon 2.000 Stellen) zusätzlich erhalten. Für die Arbeitsagenturen sind 800 Jahreskräfte (davon 600 Stellen) vorgesehen.

Positiv sei, dass die Berufsberatung berücksichtigt wurde. „Ein hoher Anteil der Schutzsuchenden Menschen ist im jugendlichen Alter“, stellte der vbba-Bundesvorsitzende Waldemar Dombrowski dazu fest. „Hier ergeben sich Chancen für den Ausbildungsmarkt, denn in den nächsten Jahren wird die Zahl der Schulabgänger in zahlreichen Regionen zurückgehen.“ Die jetzige personelle Weichenstellung sei ein wichtiger Schritt, müsse aber rechtzeitig ergänzt werden, etwa im Bereich Beratung und Vermittlung von Rehabilitanden und Schwerbehinderten, weil Krieg und Flucht körperliche und psychische Beeinträchtigungen verursacht haben, in den Fachdiensten der Arbeitsagenturen, weil diese Expertenleistun-

gen deutlich stärker nachgefragt werden, im Bereich der Familienkassen, weil auch Familien mit minderjährigen Kindern geflohen sind sowie im Bereich der Eingangszonen, weil gerade Menschen mit geringen Deutschkenntnissen eher nach persönlicher Kontaktaufnahme suchen werden.

Da der Flüchtlingszuzug unvermindert anhält, müsse der Verzicht auf die Fortsetzung des Personalabbaupfades auf der Agenda bleiben, so Dombrowski. Entsprechende Personalanpassungen seien auch in den Jobcentern in kommunaler Trägerschaft notwendig. (09/41/15)

Flüchtlingspolitik: GdS und GKV-Spitzenverband gegen Stimmungsmache

(dbb) Gemeinsam mit dem Spitzenverband Bund gesetzlicher Krankenkassen (GKV-Spitzenverband) ist die Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) populistischer Stimmungsmache entgegengetreten, wonach steigende Flüchtlingszahlen zu höheren Krankenkassenbeiträgen führen würden. Richtig sei vielmehr, dass den betreuenden Krankenkassen die entstandenen Leistungsausgaben sowie deren Verwaltungskosten komplett erstattet werden.

Das Thema Krankenversicherungsschutz von Flüchtlingen in den ersten Monaten ihres Aufenthaltes in Deutschland hatte bei einem Treffen der Führungen des GKV-Spitzenverbandes und der GdS am 13. November 2015 in Berlin breiten Raum eingenommen. Nach Auskunft des GKV-Spitzenverbandes liegen momentan keine belastbaren Zahlen vor, wie viele Asylbewerber von den gesetzlichen Krankenkassen

letztlich betreut werden müssten. Erste Anhaltspunkte liefere derzeit vor allem das Bundesland Bremen, in dem rund 12.000 Asylbewerber von der AOK Bremen/Bremerhaven betreut werden.

In diesem Zusammenhang machte der GdS-Bundesvorsitzende Maik Wagner deutlich, dass zu einer kompetenten medizinischen Versor-

gung von Flüchtlingen auch eine ausreichende Personalausstattung bei den Krankenkassen gehöre. Einigkeit bestand zwischen GKV-Spitzenverband und GdS darüber, dass der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung zugunsten einer Planungssicherheit

stabil gehalten werden müsse. Der Zuschuss dürfe nicht wie in der Vergangenheit zum „Selbstbedienungsladen“ für finanzielle Interessen der Bundesregierung verkommen. (10/41/15)

DPolG fordert Konsequenzen nach den Terroranschlägen in Paris

(dbb) Nach den verheerenden Terroranschlägen in Paris hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) gefordert, Polizei und Nachrichtendienste schnell zu stärken und besser auszurüsten. Der DPolG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt sagte am 16. November 2015: „Die Ausstattung der Polizei muss permanent modernisiert und angepasst werden, um auch in der Konfrontation mit schwer bewaffneten Attentätern bestehen zu können. Wichtig ist zudem, dass die Polizei sich wieder verstärkt ihren Kernaufgaben widmen kann. Dazu gehört die umgehende Freistellung der neu aufgestellten Anti-Terror-Einheiten der Bundespolizei von allen sonstigen Tagesaufgaben, um für ähnliche Anschläge in Deutschland polizeilich vorbereitet zu sein. Die weder personell noch materiell dafür ausgestatteten Landespolizeien müssen in solchen Fällen rasch und wirksam unterstützt werden können.“

Die DPolG Bundespolizeigewerkschaft bekräftigte in diesem Zusammenhang ihre Forderung nach einer bundesweiten Rekrutierung und Einstellung von Tarifbeschäftigten als polizeilichen Unterstützungskräften, um Polizeivollzugsbeamte aus Bund und Ländern von allen polizeifremden Tätigkeiten zu befreien und auch die Bereitschaftspolizeien aus den Tagesaufgaben heraus zu ziehen und wieder voll einsatzfähig zu machen.

Der Vorsitzende der DPolG Bundespolizeigewerkschaft, Ernst G. Walter, hält zudem den verstärkten Einsatz der Bundeswehr zur Wahrnehmung der humanitären und administrativen Aufgaben an der deutsch-österreichischen Grenze für notwendig, um die derzeit weit mehr als 2000 zusätzlichen Bundespolizisten im Grenzraum, sofort aus allen nicht-polizeilichen Tätigkeiten herauslösen zu können. (11/41/15)

Philologenverband zur KMK-Abiturstatistik: Beweis für Bildungsungerechtigkeit

(dbb) Abiturdurchschnitte, -durchfallquoten und -notenverteilung in den verschiedenen Bundesländern dokumentieren nach Einschätzung des Deutschen Philologenverbandes (DPhV) eine „föderale Bildungsungerechtigkeit in Deutschland“. Das erklärte der DPhV-Bundesvorsitzende Heinz-Peter Meidinger am 17. November 2015 zur Veröffentlichung der Abiturstatistik durch die Kultusministerkonferenz (KMK).

So mache die Differenz der Abiturdurchschnittsnoten zwischen Thüringen (2,16) und Niedersachsen (2,61) fast einen halben Notengrad aus. Dies habe erhebliche Auswirkungen auf die Chancen der jeweiligen Abiturienten, bei zulassungsbeschränkten Studiengängen einen Studienplatz zu erhalten. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben demnach Abiturientinnen und Abiturienten eine drei Mal schlechtere Chance, ein 1,0-Abitur zu erreichen als in Thüringen. Auch bei den Abiturdurchfall-

quoten gebe es massive Unterschiede, was nicht ohne Weiteres aus Leistungsunterschieden erklärt werden könne, so der Verbandsvorsitzende. So fielen in Mecklenburg-Vorpommern mit seinem sechsjährigen Gymnasialgang (7 -12) drei Mal so viele Abiturienten durch die Abiturprüfung wie etwa in Thüringen und Rheinland-Pfalz.

Darüber hinaus kritisierte Meidinger die sich im Statistikvergleich mit dem Jahr 2006 offenba-

rende zunehmende Bestnoten-inflation. Er betonte: „Ich gönne jeder Abiturientin, jedem Abiturienten gute Noten. Das massive Lifting einzelner Länderschnitte und die dramatische Zunahme von 1,0-Schnitten in einzelnen Bundesländern in den vergangenen acht Jahren können aber kaum mehr allein mit Leistungssteigerungen erklärt werden und entwerfen die

Aussagekraft von Noten generell.“ So hätten sich die 1,0-Abiturschnitte von 2006 bis 2014, selbst wenn man sich nur auf die prozentuale Verteilung bezieht, in Berlin mehr als verfünffacht, in Brandenburg verdreifacht und in Bayern, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Thüringen verdoppelt.
(12/41/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) Vertreter aller vier Fraktionen des baden-württembergischen Landtags hatte der BBW zu einer Podiumsdiskussion nach Schwäbisch-Gmünd eingeladen. Mit CDU, Liberalen, SPD und Grünen sollte erörtert werden, was die Politik nach der Landtagswahl in gut vier Monaten mit dem öffentlichen Dienst, insbesondere mit den Beamten vor hat. Wie der BBW am 16. November 2015 mitteilte, hielten sich die Landtagsabgeordneten mit wohlklingenden Wahlversprechen nicht zurück. BBW-Chef und dbb Vize **Volker Stich** erklärte: „Grün-Rot hat den Beamten viel zugemutet, zu viel.“ Es sei an der Zeit, dass man zu „einem konstruktiven Miteinander“ zurückfindet. Entscheidende Forderungen des BBW: Aufhebung der abgesenkten Eingangsbesoldung für junge Beamtinnen und Beamte und die Eins-zu-eins-Übernahme von künftigen Tarifergebnissen auf den Beamtenbereich. Insbesondere aber müsse die Regierung wieder den Dialog mit den Beamten aufnehmen.

Der Beamtenbund und Tarifunion Sachsen (SBB) befürchtet, dass durch das neue Personalvertretungsrecht Mitbestimmung eher eingeschränkt als ausgeweitet wird. So seien bei der Anhörung zu dem Gesetzentwurf im innenpolitischen Ausschuss des sächsischen Landtags am 6. November 2015 von den meisten Sachverständigen „handfeste Bedenken“ geäußert worden, erklärte der SBB-Landesvorsitzende **Gerhard Pöschmann** am 13. November 2015. Zudem seien Lehrer und Polizisten weiterhin von vielen Regelungen ausgeschlossen. „Bis zur Verabschiedung des Gesetzes Mitte Dezember ist noch Zeit zum Umsteuern“, stellte Pöschmann fest und mahnte, das im Koalitionsvertrag gegebene Versprechen verbesserter Mitbestimmung müsse nun eingelöst werden.

Die Zukunft des Landesamtes für Soziales und Versorgung im Rahmen der geplanten Verwaltungsstrukturreform 2019 war Thema eines Gesprächs, zu dem sich die Spitze des **dbb brandenburg** am 5. November 2015 mit der zuständigen Ministerin Diana Golze traf. Das Landesamt führt wichtige sozialpolitische Aufgaben gerade für die Menschen mit sozialen und gesundheitlichen Handicaps durch, die besonderer staatlicher Fürsorge bedürfen. Den stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft für Sozialverwaltung (GdV) Andreas Diettrich wies darauf hin, dass die Gewerkschaftsmitglieder eine Landessozialbehörde in der jetzigen Ausprägung für wichtig halten und sich durch die Diskussionen im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform stark verunsichert fühlten. Er versicherte der Ministerin, sie können bei der Umsetzung der Funktionalreform auf die Erfahrungen der GdV zurückgreifen.

Vor einem Spitzentreffen mit der saarländischen Landesregierung hat **Ewald Linn**, Landesvorsitzender des dbb saar, mit Blick auf den anhaltenden Flüchtlingszustrom nochmals gefordert, den geplanten Abbau von 2.400 Stellen im öffentlichen Dienst zu überprüfen und anzupassen. Bei den Lehrern wurde bereits nachgebessert, 130 zusätzliche Kräfte werden eingestellt. Beschäftigte seien aber auch in anderen Bereichen an ihre Grenzen gekommen, zitiert die „Saarbrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 14. November 2015) Linn. Vor allem bei der Polizei, im Landesverwaltungsamt und in der Justiz. „Alleine die 1.250 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge bedeuten eine Menge Arbeit, weil sie durch die Amtsgerichte vormundschaftlich erfasst werden müssen.“ Diese Mehrbelastung gehe nur eine Zeit lang gut. „Die Politik muss Lösungen finden“, so Linn.

Auf einer gemeinsamen Tagung des Steuer-
ausschusses und des Zollausschusses der Uni-
on des Europäischen Finanzpersonals (UFE)
haben der Bundesvorsitzende der Deutschen
Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize
Thomas Eigenthaler, der zugleich Vizepräsi-
dent der UFE ist, und DSTG-
Bundesgeschäftsführer Rafael Zender in seiner
Eigenschaft als UFE-Generalsekretär das
DSTG-Konzept zum „Tag der Steuergerechtig-
keit – Gemeinsam.Zukunft.Steuern!“ vorge-
stellt, den die Gewerkschaft am 30. September

2015 ausgerichtet hatte. Wie die DSTG am 10.
November 2015 weiter mitteilte, warben Ei-
genthaler und Zender dafür, das Thema „Steu-
ergerechtigkeit“ auch auf europäischer Ebene
noch stärker zu thematisieren. Mit einer
„Steuergerechtigkeitskampagne“ sollten die
Bürgerinnen und Bürger der EU-Staaten infor-
miert und überzeugt werden, dass ein unfairer
Steuerwettbewerb den europäischen Gedanken
und die europäische Solidarität zwischen den
Staaten beschädige.
(13/41/15)

Termin zum Vormerken:

57. dbb Jahrestagung 2016

„Alarmzeichen für die Demokratie – Politik contra Bürger?“

Köln, 10. bis 12. Januar 2016